800 Beschäftigte im Kreis Unna – Corona-Infektionen in Schlachthöfen: NGG fordert regelmäßige Kontrollen



Knochenjob: In der Schlachtung und Fleischverarbeitung arbeiten viele Menschen aus Osteuropa für Subunternehmen. Die Gewerkschaft NGG kritisiert die prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen – und fordert mehr staatliche Kontrollen in der Branche. Foto: NGG

2,29 Euro für ein Pfund Rinderhack: Mit solchen Preisen werben in dieser Woche Supermärkte im Kreis Unna — obwohl die Corona-Krise die Herstellung von Fleisch und Wurst eigentlich viel teurer machen müsste. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. "Bei der Schlachtung und Zerlegung herrscht seit Jahren ein knallharter Dumping-

Wettbewerb — besonders zum Start der Grillsaison. Wohin dieser Preiskampf führen kann, zeigen die jüngsten Corona-Ausbrüche in Coesfeld und anderen Schlachthöfen", sagt Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund.

Es sei gut, dass die NRW-Landesregierung nun alle Fleisch-Beschäftigten auf Corona testen und die Sammelunterkünfte durch die Gesundheitsämter kontrollieren lassen wolle. "Aber das darf keine einmalige Aktion sein. Aktuell geht es um das Virus. Um die Gesundheit der Beschäftigten aber auch künftig zu schützen, muss die Fleischbranche regelmäßig vom Staat in den Blick genommen werden", so Gebehart. Dies müsse wesentlich intensiver geschehen als bislang. Zwar habe das Land NRW den Arbeitsschutz in der Fleischindustrie schon im Oktober vergangenen Jahres schwerpunktmäßig kontrolliert. Trotzdem sei es jetzt zu diesen fatalen Corona-Infektionsfällen gekommen. "Hier muss also deutlich mehr passieren", fordert Gebehart. Im Kreis Unna beschäftigt die Fleischwirtschaft nach Angaben der Arbeitsagentur 800 Menschen. In ganz Nordrhein-Westfalen arbeiten knapp 30.000 Beschäftigte in der Branche - viele osteuropäische Werkvertragsarbeitnehmer in Subunternehmen nicht mitgerechnet.

Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten sei bei den Ramsch-Angeboten offenbar nicht eingepreist, kritisiert die NGG -"vom Tierwohl ganz zu schweigen". Nach Informationen der Gewerkschaft hat die Arbeitsbelastung in den Schlachthöfen im Zuge der hohen Fleischnachfrage des Einzelhandels zuletzt stark zugenommen. "12-Stunden-Schichten sind in vielen Betrieben gang und gäbe. Es trifft vor allem die Werkvertragsbeschäftigten Osteuropa, die aus Subunternehmen angestellt sind", so Gebehart. Die lange, körperlich harte Arbeit in der Schlachtung und die Zerlegung geschlachteter Tiere mache die Menschen anfälliger für Erkrankungen und schwäche ihre Widerstandskraft. Auch das sei ein Aspekt, der bei Covid-19-Infektionen nicht unter den Tisch fallen dürfe.

Hinzu komme die Unterbringung. "Während überall Abstandsregeln und Kontaktsperren gelten, wohnen in den Gemeinschaftsunterkünften oft bis zu sechs Osteuropäer in einer 60-Quadratmeter-Wohnung. Dafür ziehen die Subunternehmer dann aber jedem Einzelnen auch noch 250 Euro vom ohnehin kargen Lohn ab", berichtet Gebehart. Vor allem die Gesundheitsämter müssten die Unterkünfte von Beschäftigten wesentlich intensiver ins Visier nehmen. Hier brüte überall im Land eine enorme Corona-Gefahr, so die NGG.

Die Gewerkschaft fordert die Fleischhersteller dazu auf, den Gesundheitsschutz "absolut ernst" zu nehmen. Sie stünden in der Verantwortung, auch bei ihren Subunternehmen für faire Arbeitsbedingungen und eine ordentliche Unterbringung zu sorgen. "Dabei ist klar: Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dumpingpreise können schon deshalb nicht funktionieren. Fleisch darf keine Ramschware sein – nicht in normalen Zeiten und schon gar nicht in der Pandemie", so Gebehart.

Um die Zustände in der Fleischwirtschaft dauerhaft zu verbessern, müssten aus Werkverträgen reguläre Jobs werden – bezahlt zu einem fairen Branchenmindestlohn, so die NGG. "Außerdem brauchen wir eine bessere Nachunternehmerhaftung, damit prekäre Arbeitsbedingungen und unwürdige Unterkünfte auch beim letzten Subunternehmen ausgeschlossen sind", betont Gebehart.

"Spiel ohne Grenzen" im

Stadtteil Overberge wird abgesagt!

Nach der traurigen Nachricht über den Tod des Hauptausrichters, Ortsvorsteher Uwe Reichelt, hat sich der erweiterte Organisatorenkreis darauf verständigt, das sog. Spiel der Vereine für dieses Jahr ersatzlos abzusagen.

Die beliebte Veranstaltung — von Uwe Reichelt im Bergkamener Jubiläumsjahr 2016 ins Leben gerufen — hätte dieses Jahr zum dritten Mal auf dem Rasensportplatz im Bergkamener Stadtteil Overberge unter Beteiligung etlicher Vereine stattgefunden. Im Vordergrund dieser Veranstaltung standen nicht nur Punkte und Siege, sondern der Spaß und vor allem das Miteinander.

Im Kreis Unna arbeiten 750 Menschen in der Branche: Beschäftigte in der Landwirtschaft müssen um Zusatzrente bangen



Jeden Morgen früh füttern, aber jetzt selbst auf Diät: Wer in der Landwirtschaft arbeitet, muss künftig um die Zusatzrente fürchten. Davor warnt die Agrar-Gewerkschaft IG BAU. Foto: IG BAU

Sie sind bei Wind und Wetter draußen auf dem Feld — bleiben beim Thema Rente aber jetzt im Regen stehen. Für die 750 Menschen, die im Kreis Unna in der Landwirtschaft arbeiten, steht die betriebliche Zusatzrente auf dem Spiel. Davor warnt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Der Grund: Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag zur betrieblichen Altersvorsorge zum Jahresende gekündigt.

"Wer Kühe melkt oder Äcker pflügt, hat meist nur ein geringes Einkommen. Um im Alter nicht in die Armut zu rutschen, sind die Beschäftigten dringend auf die Zusatzrente angewiesen", sagt Friedhelm Kreft. Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Westfalen Mitte-Süd ruft die Arbeitgeber dazu auf, die Kündigung zurückzunehmen. Die betriebliche Extra-Rente sei eine "enorm wichtige Säule" in der Altersvorsorge. "Ein Sparen

an der Zusatzrente ist ein Sparen am falschen Ende. Denn ohne solche Anreize wird die Suche nach Personal für landwirtschaftliche Betriebe noch schwieriger als bisher", betont Kreft. Zwar hätten Gewerkschaftsmitglieder nach aktuellem Stand auch über 2020 hinaus Ansprüche auf den Renten-Tarifvertrag. Die IG BAU fordert jedoch eine verpflichtende Lösung für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die Betriebsrenten werden vom Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft (ZLF) organisiert. Die Zahlung ist ein Muss für alle landwirtschaftlichen Betriebe. Denn die Regelung wird vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt. Für einen Beschäftigten macht die Extra-Rente nach 40 Beitragsjahren aktuell 52 Euro im Monat aus.

Weitergehende Infos erhalten Beschäftigte in der Landwirtschaft bei IG BAU-Branchensekretär Jens Zimmermann unter 0151 72 31 36 01.

AWO im Kreis Unna: Hoffnungsbriefe für Menschen in den Seniorenzentren



An der AWO Kita Gänseblümchen in Kamen-Methler wurden jetzt weitere Briefe und Basteleien für ältere Menschen abgeholt. Karin Schäfer (2. v.l.) und Jörg Theis (1. v.r.) wollen mit der Aktion Hoffnungsbriefe dazu beitragen, dass "alles gut wird" und werden dabei von Einrichtungsleiterin Alexandra Möller und AWO Geschäftsführer Rainer Goepfert unterstützt.

Menschen in Alten- und Pflegeheimen können zurzeit wegen der Corona-Pandemie keinen Besuch bekommen. Die AWO in Kamen hat daher die Aktion "Hoffnungsbriefe" aufgegriffen. Gemeinsam mit dem AWO Kreisverband wird die Aktion nun kreisweit umgesetzt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche, Groß und Klein, sind aufgerufen, Briefe und Postkarten zu schreiben oder Bilder zu malen. So bekommen Bewohnerinnen und Bewohner Post — als Zeichen der Zuversicht in dieser schwierigen Zeit. In der AWO Geschäftsstelle in Kamen sind in kurzer Zeit rund 200 Briefe, Bilder und Basteleien eingegangen.

"Alle Menschen sind belastet durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. Aber gerade die älteren Menschen leiden unter der Isolation. Diese Menschen versuchen wir als AWO vor allem im Blick zu behalten und sie zu unterstützen", erklären die AWO Kreisverbandsvorsitzende Karin Schäfer und der AWO Stadtverbandsvorsitzende Vorsitzende Jörg Theis.

Wer sich beteiligen möchte, kann den Brief einfach an folgende Adresse senden:

AWO Kreisverband Unna

"Aktion Hoffnungsbriefe"

Unnaer Straße 29a

59174 Kamen

Die Briefe werden dann an ältere Menschen in den Seniorenzentren weitergegeben.

Auch in Zeiten der "Corona-Krise" können sich Zuwanderer weiterhin beraten lassen

Das Team der AWO Migrationsdienste ist auch weiterhin im Kontakt mit den Zuwander*innen, Organisationen und Institutionen. Allerdings erfolgen krisenbedingt Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf und die rechtlichen Möglichkeiten.

Die Mitarbeiter*innen stehen auch hier zu den gewohnten Zeiten per Telefon, E-Mail, Messenger-Dienst und Videochat als Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Die niederschwelligen Integrationsangebote werden digital auf einer benutzerfreundlichen Lernplattform durchgeführt. Hier gibt es nicht nur Online-Aufgaben und/oder -Materialien, welche

Kursteilnehmer alleine zuhause erledigen, sondern es findet es ein reger Austausch im virtuellen Raum statt.

Alle Kontaktinformationen:

AWO UB RLE

Migrationsdienste

Präsidentenstraße 46

59192 Bergkamen

www.awo-rle.de

Ansprechpartner*innen:

Integrationsagentur:

Irina Kholyavitskaya — Tel.: 02307- 83320

Oxana Haffner - Mob. Tel. : 0173-5756458

integrationsagentur-bergkamen@awo-rle.de

Migrationsberatung für Erwachsene in Bergkamen:

Sonay Özel - Tel.: 02307- 83320

mbe-bergkamen@awo-rle.de

In Lünen:

Andrea Dumberger - Tel.: 02315 3219172

mbe-luenen@awo-rle.de

Jugendmigrationsdienst:

Violetta Robbert - 02307 557665; Mob. Tel.: 0174 3056647

Eugenia Zimmer - 02307 557665

Lockdown im Kreis Unna: Mehr als jede dritte Firma in Kurzarbeit



Stühle hoch: Kaum eine Branche ist so stark von den Corona-Einschränkungen betroffen wie die Gastronomie und Hotellerie. Die Gewerkschaft NGG fordert Hygienepläne und Gefährdungsbeurteilungen, bevor Lokale wieder öffnen.

Foto: NGG

Mit Kurzarbeit durch die Krise: Im Kreis Unna hat seit Beginn der Coronavirus-Pandemie mehr als ein Drittel aller Unternehmen (36 Prozent) Kurzarbeit angemeldet. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit. Die NGG beruft sich hierbei auf neueste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Danach haben bis Ende April 3.051 der insgesamt 8.490 Betriebe im Kreis Kurzarbeitergeld bei der BA beantragt. Zum Vergleich: Zu Beginn der Corona-Krise im März waren es noch 314 Firmen. Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund, spricht von einer "Erschütterung auf dem heimischen Arbeitsmarkt".

Besonders betroffen ist das Gastgewerbe. "Die Branche liegt seit Wochen weitgehend brach. Gerade kleinere Hotels und Gaststätten kämpfen ums Überleben. Es ist gut, dass die Bundesregierung ein riesiges Rettungspaket für die Unternehmen geschnürt hat. Aber für die Beschäftigten kommt beschlossene Erhöhung des Kurzarbeitergeldes zu spät", sagt Gebehart. So steigt das Lohnausfallgeld erst nach sieben Monaten Kurzarbeit auf 80 Prozent (Eltern: 87 Prozent) des Netto-Einkommens. Für Köchinnen, Kellner und Hotelangestellte sei das eine enorme Durststrecke. "Vielen wird nur der Gang zum Sozialamt oder zum Job-Center bleiben", warnt Gebehart. Eine Mitverantwortung für die Lage trage auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga): Anders als etwa in der Systemgastronomie (u.a. McDonald's, Starbucks, Nordsee) weigerten sich die Arbeitgeber bis heute, das Kurzarbeitergeld per Tarifvertrag aufzustocken.

Umso wichtiger sei nun, eine Perspektive für die langsame Wiederbelebung des Gastgewerbes zu finden – "vorausgesetzt, der Gesundheitsschutz für Beschäftigte und Gäste ist sichergestellt". Bei jedem Restaurant, das im Kreis Unna wieder öffnen wolle, müssten die Behörden kontrollieren, ob die Schutzmaßnahmen für die Gäste ausreichen, so die NGG. "Gaststätten, Cafés und Bars sind eigentlich Orte der Geselligkeit. Jetzt müssen die Gäste darauf vertrauen können,

dass sich keiner ansteckt", macht Geschäftsführer Gebehart deutlich.

Um die Beschäftigten optimal vor Infektionen zu schützen, sei eine gründliche Gefährdungsbeurteilung nötig. "Darüber hinaus braucht es ausreichend Personal, das sich neben Küche und Service darum kümmert, dass die Hygiene- und Abstandsregeln wirklich eingehalten werden: Kellnerinnen, die darauf achten, dass Tische und Stühle nicht zusammengeschoben werden. Und ebenso genug Köche in der Küche, damit es keinen Wartestau beim Essen und damit ein zu volles Lokal gibt. Kein Restaurant sollte hier auf Sparflamme kochen, sondern die Wiedereröffnung frühzeitig akribisch planen", so Gebehart.

Doch bis wieder ein "Stück Normalität" in die Branche einziehe, bleibe der Schaden für Beschäftigte und Betriebe groß. Nach Angaben der Arbeitsagentur haben bis Ende April bundesweit 751.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet – 115.000 davon im Hotel- und Gaststättengewerbe. Das sind 72 Prozent aller Betriebe der Branche.

1. Mai 2020 in Oberaden: Klein und kämpferisch



1. Mai in Oberaden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hielten natürlich Abstand.

In den vergangenen Jahren hatten sich BergAUF und MLPD im Umfeld an den Mai-Kundgebungen mit Info-Ständen beteiligt. Das war am 1. Mai wegen der Corona-Pandemie anders. Die große offizielle Kundgebung war abgesagt worden. Stattdessen hatten BergAUF und MLPD mit anderen Organisationen zu einer weitaus kleineren Kundgebung auf den Museumsplatz in Oberaden eingeladen.

"Mit gut 20 Teilnehmer*innen unter kritisch-freundlicher Beobachtung eines Polizeibeamten, eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung und einiger Anwohner am Museumsplatz, war die Veranstaltung klein und fein und kämpferisch. Die Vorschriften zum Gesundheitsschutz aller Teilnehmer wurden konsequent eingehalten", zogen die Veranstalter ein erstes positives Resümee

Nach dem zum Auftakt das "Steigerlied" gesungen wurde, gingen die Redner*innen der verschiedenen Organisationen in ihren kurzen Ansprachen darauf ein, was ihnen vor allem wichtig ist. Claudia Schewior, Fraktionsvorsitzende von BergAUF im Bergkamener Stadtrat, meinte im Hinblick auf die Zeit der Corona-Pandemie: "Wir werden intensiv darum kämpfen müssen, dass nicht weitere Belastungen für die Kommunen auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Unser Forderung nach Schuldenschnitt und Zinsmoratorium ist also aktueller denn je. Aber das bekommen wir nicht geschenkt, alle etablierten Parteien im Rat haben dies abgelehnt."

In Sachen ,PCB im Grubenwasser' griff sie die "Geheimhalte-Taktik der RAG an und forderte die sofortige Veröffentlichung der Mess-Ergebnisse und den Bau von PCB-Reinigungsanlagen an allen Standorten der Grubenwasser-Förderung. Als Arbeiterin bei Caterpillar in Lünen war ihr auch wichtig, gegen die angedrohten Werksschließungen von CAT in Dortmund, Lünen und Wuppertal gemeinsam den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu führen.

Tobias Thylmann als Vertreter der MLPD zeigte vor allem auf, wie sich Corona-Krise und die schon 2018 begonnene Weltwirtschaftskrise durchdringen und warnte davor, nur noch die Corona-Pandemie als Ursache aller Probleme zu sehen. als Engelhardt Sprecher der örtlichen Umweltgewerkschaftsgruppe ging auf den Zusammenhang der Corona-Pandemie und der rasant fortschreitenden Zerstörung unsere Lebensgrundlagen ein: "Mit der Verschärfung der Umweltzerstörung steht die nächste Pandemie praktisch schon vor der Tür. Der Übergang von epidemischen Krankheiten vom Tier auf den Menschen hat sich in den vergangenen 40 Jahren verdreifacht. Vor allem, weil die natürlichen Rückzugsräume der Tiere zerstört werden., etwa die Lebensräume der Fledermäuse, die Coronaviren in sich tragen. Es werden Urwälder zerstört, neue Städte gebaut, wo vorher keine waren."

Am "offenen Mikro" wurde die sofortige Schaffung von 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Sozialwesen gefordert sowie die sofortige Auflösung der Massenunterkünfte für Flüchtlinge, die nicht als "Menschen zweiter Klasse" behandelt werden dürfen.

Den Abschluss bildete das gemeinsame Singen des Liedes "Brüder zur Sonne, zur Freiheit", eines der ältesten Arbeiterlieder überhaupt, das auch bei den gewerkschaftlichen Mai-Feiern in Bergkamen seit vielen Jahren traditioneller Schlusspunkt ist.

Betreiber des "Eistreff Bergkamen" fördert mit Spende Arbeit des Streetworks



Die Vorsitzende des Streetwork-Fördervereins Sabine Bellert freut ich über die Spende vom Eistreff-Filialleiter Ilhan Islak.

Der Streetwork Förderverein Bergkamen e.V. hat heute eine Spende in Höhe von 500,00 Euro vom Betreiber des "Eistreff Bergkamen", Landwehrstraße 5 in Bergkamen-Mitte, erhalten.

Vorsitzende Sabine Bellert freut sich sehr: "Mit so einer großzügigen Spende können wir wieder gute Projekte unterstützen."

Eine Idee für den Einsatz der Spende hat Frau Bellert auch bereits: "Ganz besonders in der Zeit der Corona-Krise benötigen Kinder und Jugendliche zur gesellschaftlichen Teilhabe einen Zugang zu digitalen Angeboten. Vielen Familien bleibt Letzteres aber auch heute noch verwehrt. Die Spende soll deshalb Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, die mangels entsprechender Hardware (Laptop o.Ä.) keinen Zugang zu digitalen Angeboten haben", erläutert Sabine Bellert. "In Zusammenarbeit mit dem Streetwork Team der Stadt Bergkamen werde der Verein veranlassen, dass die Spende möglichst gezielt betroffene Familien erreicht." so die Vorsitzende abschließend.

Auch Bürgermeister Roland Schäfer freut sich sehr und bedankt sich für die großzügige Spende: "Der Streetwork Förderverein Bergkamen e.V. setzt sich seit mehr als 10 Jahren für das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen in Bergkamen ein. Ein unheimlich wichtiger Beitrag für die Grundsäule unserer Gesellschaft! Da ist jede finanzielle Unterstützung hilfreich!"

Das kann Filialleiter Ilhan Islak nur bestätigen. "Die aktuelle Zeit fordert uns alle. Auch mein Geschäft war kurzfristig von einer Schließung betroffen. Zum Glück nur kurzfristig, denn schnell herrschte Klarheit, dass ein Außer-Haus-Verkauf möglich ist", so Islak weiter. "Die Stadt Bergkamen hat mich bei all meinen Fragen sehr gut unterstützt. Deswegen möchte ich etwas an die Bergkamener Bürgerschaft zurückgeben. Und da hilft Geld gerade wohl am besten." so Islak abschließend.

Sie interessieren sich für die Arbeit des Streetwork Teams der Stadt Bergkamen oder des Streetwork Fördervereins Bergkamen? Dann finden Sie hier weitere Informationen: Streetwork Bergkamen: www.streetwork-bergkamen.de

Förderverein: www.streetwork-bergkamen.de/foerderverein

Corona-Krise: 289 Bergkamenerinnen und Bergkamener verlieren im April ihren Job

Im Kreis Unna erhöhte sich im April der Bestand an gemeldeten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 1.639 auf 15.931.Im Vergleich zu April 2019 stieg die Arbeitslosigkeit um 1.633 (+11,4 Prozent) an. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,8 Punkte auf 7,5 Prozent. Vor einem Jahr betrug sie 6,8 Prozent. Natürlich hat es auch Bergkamen voll erwischt. Hier verloren 289 Frauen und Männer ihre Arbeit. Die Arbeitslosenquote klettert von 8 Prozent im März auf 9,1 Prozent im April "Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben auch den Arbeitsmarkt erfasst und lassen die Arbeitslosigkeit, trotz der erwartet hohen Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld,a uf Rekordniveau von 3.000 Betrieben für ca. 60.000 Beschäftigte deutlich ansteigen", beschreibt der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Hamm, Thomas Keyen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Kreis Unna.

"Im vergangenen Monat haben infolge der eingebrochenen Kräftenachfrage deutlich weniger arbeitsuchende Menschen eine Beschäftigung gefunden als in den Vorjahren. Gleichzeitig ist die Anzahl der neuen Arbeitslosmeldungen durch die aufgrund der Corona-Krise ausgebliebene Frühjahrsbelebung deutlich gestiegen. "Entsprechend allen Anzeichen habe sich die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat bei allen

Personengruppen mehr oder weniger stark erhöht, am deutlichsten bei jungen Menschen. Langfristige Prognosen hält Thomas Keyen zum aktuellen Zeitpunkt für verfrüht: "Diese haben erst dann Aussagekraft, wenn der Höhepunkt der Pandemie überwunden ist und wir ein Ende des Ausnahmezustands absehen können."

Entwicklung in den zehn Kommunen des Kreises

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich im vergangenen Monat homogen im Kreis Unna. In allen zehn Kommunen stieg sie deutlich an. Den prozentual niedrigsten Anstieg verzeichnete Lünen (+8,8 Prozent bzw. 375 auf 4.634). Danach folgen Bönen(+10,3 Prozent bzw.64 auf 685), Selm (+10,5 Prozent bzw.85 auf 891), Holzwickede(+11,3 Prozent bzw.49 auf 483), Fröndenberg (+11,6 Prozent bzw.59 auf 566), Unna (+11,6 Prozent bzw.217 auf 2.085), Werne (+12,1 Prozent bzw.92 auf 852), Kamen (-13,3 Prozent bzw. 209 auf 1.778), Bergkamen (+13,9 Prozent bzw. 289 auf 2.372) und Schwerte (+14,4 Prozent bzw. 200 auf 1.585).

12,55 Euro ist neues Lohn-Minimum für Bauarbeiter im Kreis Unna



Alle Hände voll zu tun: Trotz Corona verzeichnet die Baubranche volle Auftragsbücher und solide Umsätze. Jetzt profitieren auch die Handwerker. Im April ist der Mindestlohn für Maurer & Co. gestiegen. Foto: IG Bau

Maurer mit mehr Mindestlohn: Für die rund 2.820 Bauarbeiter im Kreis Unna gilt eine neue Lohnuntergrenze. Keiner, der in der Branche arbeitet, darf weniger als 12,55 Euro verdienen — 35 Cent mehr als bisher. Das macht ein Plus von rund 60 Euro am Monatsende. Wer als Geselle oder angelernte Kraft fachliches Knowhow mitbringt, der hat sogar Anspruch auf 15,40 Euro (plus 20 Cent). Das teilt die

IG BAU Westfalen Mitte-Süd mit. Die Gewerkschaft rät den Beschäftigten deshalb, den letzten Lohnzettel zu prüfen. "Das Plus muss bereits mit der April-Abrechnung auf dem Konto sein. Und alle 260 Baufirmen im Kreis Unna müssen dieses LohnMinimum zahlen", sagt Bezirksvorsitzender Friedhelm Kreft.

Messlatte für gelernte Betonbauer, Zimmerer und Fliesenleger

sei jedoch der Tariflohn, so der Gewerkschafter. Der liegt bei aktuell 20,63 Euro pro Stunde. "Handwerker sind extrem gefragt – sogar in Zeiten von Corona. Bauarbeiter müssen wissen, was ihre Arbeit wert ist. Jeder hat eine anständige Bezahlung verdient. Gerade in Kleinbetrieben wird das vom Chef schon mal gern vergessen", so Kreft.

Anspruch auf den Tariflohn haben Gewerkschaftsmitglieder, deren Firma Mitglied im Arbeitgeberverband ist.

Nach Angaben von Bauindustrie und -handwerk verzeichnete die Branche im vergangenen Jahr einen Rekordumsatz von bundesweit knapp 140 Milliarden Euro. Mit einem Plus von vier Prozent gilt die Branche als eine zentrale Säule der Konjunktur – während die gesamte Wirtschaft nur um 0,6 Prozent zulegte. "Hier sollte sich kein Bauarbeiter unter Wert verkaufen", betont Kreft.

Jobcenter Kreis Unna öffnet vorerst nicht: Die Verantwortlichen erklären die Gründe



Uwe Ringelsiep (li.) und Martin Wiggermann erklären die Gründe für eine spätere Wiedereröffnung.Foto:
Jobcenter Kreis Unna/Katja Mintel

Das Jobcenter Kreis Unna öffnet seine Türen auf Grund der Corona-Pandemie bis auf Weiteres nicht für persönliche Vorsprachen. Der Dienstbetrieb läuft jedoch regulär weiter. So findet der Austausch zwischen Mitarbeitern und Kunden hauptsächlich telefonisch oder schriftlich, per E-Mail oder Schreiben, statt.

"Es ist mein Wunsch, dass wir unsere Kunden und Mitarbeiter auch künftig bestmöglich vor einer Ansteckungsgefahr mit dem schützen", erklärt Corona-Virus Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer des Jobcenters Kreis Unna, die Entscheidung gegen eine kurzfristige Öffnung. Neben Krankenhäusern, Behörden und den Agenturen für Arbeit sind die Jobcenter als systemrelevant eingestuft worden. "Vor diesem Hintergrund und weil unser Jobcenter in den letzten Wochen vollständig dienstbereit war und Kundenanliegen problemlos bearbeitet werden konnten, habe ich mich dazu entschlossen, den Empfehlungen der Bundesregierung und des Robert Koch Instituts zu folgen und persönliche Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Daher bleibt das Jobcenter Kreis Unna bis zum 31. Mai 2020 zunächst für diese Art von Vorsprachen geschlossen."

Das Jobcenter Kreis Unna hatte in der Vergangenheit täglich bis zu 200 persönliche Kontakte in seinen Geschäftsstellen. Für die Zeit nach der Öffnung werden diese erst einmal nur nach einer Terminvergabe möglich sein. "Damit möchten wir Kundenaufläufe in unseren Geschäftsstellen vermeiden und Abstandsregelungen zur Sicherheit aller einhalten. Wir sind derzeit dabei, infrastrukturelle Maßnahmen umzusetzen. Zur weiteren Planung werde ich mich in den letzten zwei Maiwochen über eine schrittweise Öffnung in Abstimmung mit der Kreisverwaltung Unna und der Agentur für Arbeit Hamm verständigen." Martin Wiggermann, Vorsitzender Trägerversammlung, unterstützt dieses Vorhaben: Sicherheit aller hat Vorrang! Wir sind in der Verantwortung, die Wiedereröffnung mit viel Bedacht und Fingerspitzengefühl und unter Beachtung eines Sicherheitskonzepts zu planen und umzusetzen."

Derzeitige Kontaktmöglichkeiten

Das Jobcenter Kreis Unna hat seit Ausbruch der Corona-Pandemie und Schließung der eigenen Geschäftsstellen seine Kontaktmöglichkeiten ausgebaut, indem es eine regionale Hotline für Kunden eingerichtet hat. "Diese wurde sehr gut angenommen. Bisher haben alle Anrufer Verständnis für die Situation gezeigt. Es ist aber wichtig, dass sich unsere Kunden auch künftig gut betreut fühlen. Niemand soll benachteiligt werden. Daher haben wir die Erreichbarkeitszeiten der Hotline seit letzter Woche erweitert", erklärt Martin Wiggermann weiter.

Die Hotline (02303) 2538-2222 ist montags bis donnerstags von 08:00-18:00 Uhr und freitags von 08:00-13:00 Uhr erreichbar. Zudem besteht freitags nach 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr die Möglichkeit, telefonische Anliegen unter der alternativen Hotline (02303) 2538-0 abzuklären.

Weitere Dienstleistung - Neuer Online-Service:

Das Angebot unter www.jobcenter.digital wurde kurzfristig ausgebaut. Bisher konnten, nach einer einfachen Registrierung, verschiedene Anträge online gestellt oder Veränderungen mitgeteilt werden. Ab sofort kann der Postfachservice als neue Dienstleistung genutzt werden. Hiermit wurde eine weitere bundesweite Kontaktmöglichkeit eingerichtet. Dabei kann es um ganz verschiedene Anliegen gehen, wie beispielsweise Fragen zu Miete und Heizkosten, zur Beantragung von Leistungen oder weitergehende Fragen. Der neue Service funktioniert auch mobil über das eigene Smartphone.

Allgemeine Informationen zum Sozialschutz-Paket und der Grundsicherung erhalten Interessierte auch unter https://www.arbeitsagentur.de/m/corona-grundsicherung/.